

## **Fragen**

### **für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages**

**am Mittwoch, dem 15. Juni 1977**  
**am Donnerstag, dem 16. Juni 1977**

---

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	16
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen . . . . .	16, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern . . . . .	3, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz . . . . .	2, 23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen . . . . .	4, 23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft . . . . .	5, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten . . . . .	7, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	8, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung . . . . .	9, 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit . . . . .	10, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen . . . . .	11, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau . . . . .	2, 33 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	14, 34 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	15, 35 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	2, 35 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit . . . . .	3

## A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

### Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordnete  
Frau  
Simonis  
(SPD)      Treffen Berichte zu, wonach die Bundesregierung Erwägungen anstellt, die im neuen Mietgesetz geschaffenen Vorschriften zum Schutze des Mieters wieder abzuschaffen, um den Wohnungsbau anzuregen, und auf Grund welcher gesicherten Erkenntnisse wird der Zusammenhang zwischen Mieterschutz und Bautätigkeit gesehen?

### Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

2. Abgeordneter  
Dr. Schneider  
(CDU/CSU)      Welche konkreten Erfahrungen liegen der Bundesregierung über die Arbeit und den Erfolg kommunaler Wohnungsvermittlungsstellen vor, inwieweit sieht sich die Bundesregierung durch die Ergebnisse einer vom Deutschen Städtetag durchgeführten Untersuchung über die Arbeit kommunaler Wohnungsvermittlungsstellen veranlaßt, ihre positive Bewertung dieser Einrichtungen, die sie ausdrücklich in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU in der letzten Legislaturperiode (Drucksache 7/1737) begrüßt hat, zu überprüfen, und welche sonstigen Konsequenzen ist die Bundesregierung bereit, aus der Untersuchung des Deutschen Städtetags zu ziehen?
3. Abgeordneter  
Dr. Schneider  
(CDU/CSU)      Welche konkreten Erfahrungen liegen der Bundesregierung über die Anwendungspraxis des Verbots der Zweckentfremdung von Wohnraum nach Artikel 6 § 1 des Gesetzes zur Verbesserung des Mietrechts und zur Begrenzung des Mietanstiegs sowie zur Regelung von Ingenieur- und Architektenleistungen vom 4. November 1971 vor, treffen insbesondere Pressemeldungen über eine unterschiedliche, teilweise sogar mißbräuchliche Anwendung in den einzelnen Ländern und Gemeinden zu (vgl. „Zeit“ vom 27. Mai 1977: „Der Trick der Bürgermeister“), und inwieweit sieht sich die Bundesregierung veranlaßt, die bereits in der letzten Legislaturperiode in Aussicht gestellte Überprüfung des Zweckentfremdungsverbots mit dem Ziel einer Änderung bzw. Aufhebung dieser Bestimmung nunmehr vorzunehmen?

### Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

4. Abgeordneter  
Thüsing  
(SPD).      Trifft es zu, daß in einzelnen Bundesländern — beispielsweise in Baden-Württemberg — unter mißbräuchlicher Berufung auf Bestimmungen des Hochschulrahmengesetzes versucht wird, die Selbstverwaltungsrechte der Hochschulen zu beschneiden, die Lehr-, Prüfungs- und Mitbestimmungsbefugnisse von Dozenten, akademischen Räten und Assistenten einzuschränken, die verfaßte Studentenschaft abzuschaffen, mit dem Ordnungsrecht ein Sonderrecht

für Studenten einzuführen und ohne Studienreform rigorose Regelstudien einzuführen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung gegebenenfalls, diesen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken?

5. Abgeordneter  
**Thüsing**  
(SPD)      Wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls die Auswirkungen der genannten Maßnahmen auf die notwendige Öffnungspolitik der Hochschulen für die geburtenstarken Jahrgänge und die Freiheit von Forschung und Lehre?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

6. Abgeordneter  
**Böhm**  
(Melsungen)  
(CDU/CSU)      Haben Mitarbeiter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit im November des vergangenen Jahrs in Bolivien an einer Konferenz teilgenommen, auf der über eine Umsiedlung deutschstämmiger Bürger aus Namibia nach Bolivien gesprochen worden ist, obwohl mir die Bundesregierung mitgeteilt hat, daß es „keinerlei Grundlagen“ für Berichte gibt, die von einer solchen Umsiedlungsaktion sprechen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern**

7. Abgeordneter  
**Wohlrabe**  
(CDU/CSU)      Für wann ist der Besuch des „Umweltbusses“ der Bundesregierung im Rahmen der 60-Städtetour durch die Bundesrepublik Deutschland in Berlin vorgesehen, um auch in der alten deutschen Hauptstadt, in der das Umweltbundesamt nunmehr seinen Sitz hat, innerhalb der Bevölkerung für ein stärkeres Umweltverständnis zu werben?
8. Abgeordneter  
**Dr. Schwencke**  
(Nienburg)  
(SPD)      Kann die Bundesregierung bestätigen, daß berechnete Aussichten bestehen, „im Verlauf dieses Sommers“ eine „Deutsche Nationalstiftung“ nun zu begründen?
9. Abgeordneter  
**Dr. Schwencke**  
(Nienburg)  
(SPD)      Ist die Bundesregierung notfalls – und gegebenenfalls wann – bereit, bei weiter anhaltenden Widerständen durch einige Bundesländer eine vorläufige Gründung vorzunehmen, damit endlich eine kunstpolitische Arbeit auf Bundesebene im Rahmen einer Nationalstiftung beginnen kann?
10. Abgeordneter  
**Dr. Laufs**  
(CDU/CSU)      Sind der Bundesregierung deutsche und ausländische Sterblichkeitsstatistiken bekannt, die sich auf Beschäftigte in Kernkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen beziehen (z. B. aus dem Bereich der britischen Atomenergiebehörde), und welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den verschiedenen Krebshäufigkeiten unter den Atomwerkern im Vergleich zum allgemeinen Bevölkerungsdurchschnitt?
11. Abgeordneter  
**Dr. Möller**  
(CDU/CSU)      Wieviel Schutzplätze entsprechend den Richtlinien für den Grundschutz stehen für die zivile Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland heute zur Verfügung, und zwar ohne Einrechnung der Schutzplätze für Personal der Deutschen Bundespost, der Deutschen Bundesbahn, der Bundeswehr und der Krankenhäuser?

12. Abgeordneter  
**Dr. Möller**  
(CDU/CSU)      Wieviel Schutzplätze können in den Jahren 1978 und 1979 auf Grund der im Bundeshaushaltsplan vorgesehenen Mittel fertiggestellt werden?
13. Abgeordneter  
**Dr. Hennig**  
(CDU/CSU)      Ist der Bundesregierung bekannt, daß der KJB, die Jugendorganisation des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands, am 21. Mai in Ristedt, Landkreis Grafschaft Hoya, eine Geländeübung durchgeführt hat, die Schießübungen in einer Kiesgrube einschloß, und was gedenkt die Bundesregierung gegen paramilitärische Übungen linker Gruppierungen in aller Öffentlichkeit zu unternehmen?
14. Abgeordneter  
**Wüster**  
(SPD)      Ist es zutreffend, daß die Bundesregierung beabsichtigt, die beihilferechtlichen Benachteiligungen von Beamten abzubauen, die in der gesetzlichen Krankenversicherung freiwillig versichert sind?
15. Abgeordneter  
**Spranger**  
(CDU/CSU)      Ist der Bundesregierung zwischenzeitlich bekannt, wie die im Fall Traube aus dem Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Bundesinnenministerium verschwundenen Akten zum „Spiegel“ geraten konnten, und wann ist mit dem Abschluß der Ermittlungen zu rechnen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen**

16. Abgeordneter  
**Ey**  
(CDU/CSU)      Wie oft hat die Bundesregierung in den letzten beiden Jahren von ihrer Anhörungspflicht gemäß § 47 des Kreditwesengesetzes Gebrauch gemacht, und was hat sie gegebenenfalls auf Grund von Anhörungen gegen wen unternommen?
17. Abgeordnete  
**Frau Simonis**  
(SPD)      Trifft es zu, daß auch höhere Beamte der Bundesbehörden Sonderkonditionen bei der Vergabe von Krediten durch Banken, deren Kapitalmehrheit von der öffentlichen Hand gehalten wird, erhalten, und wenn ja, wird die Bundesregierung auf Grund dieser Tatsache zu bestimmten Reaktionen veranlaßt?
18. Abgeordneter  
**Röhner**  
(CDU/CSU)      Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, die seit mehreren Jahren geltenden steuerlichen Pauschbeträge für die aus Anlaß von Dienstreisen entstehenden Mehraufwendungen für Verpflegung ohne gleichzeitige Änderung der für den öffentlichen Dienst geltenden Regelungen des Bundesreisekostengesetzes anzuheben?
19. Abgeordneter  
**Schröder**  
**(Wilhelminenhof)**  
(CDU/CSU)      Teilt die Bundesregierung die Sorge zahlreicher Inselbewohner an der deutschen Nordseeküste, daß bei Inkrafttreten der sechsten EG-Mehrwertsteuerrichtlinie die ohnehin schon hohen Fahrkosten im Inselverkehr erheblich steigen werden und neben sozialen Härten auch negative Auswirkungen für die Entwicklung des Fremdenverkehrs befürchtet werden müssen?

20. Abgeordneter  
**Schröder**  
**(Wilhelminenhof)**  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, in Anerkennung dieser Bedenken von der Möglichkeit der Ausnahmeregelung entsprechend Artikel 28 Abs. 3 b dieser Verordnung Gebrauch zu machen und gemäß Anlage F Ziffer 17 zunächst für eine Übergangszeit von fünf Jahren die Beförderung von Personen im Inselverkehr von der Mehrwertsteuer freizustellen?
21. Abgeordneter  
**Dr. Kreile**  
(CDU/CSU) Mit welchen Steuermehreinnahmen gegenüber der bisherigen Handhabung rechnet die Bundesregierung, wenn die neuen Regelungen über die umsatzsteuerliche Behandlung von Sachzuwendungen an Arbeitnehmer wirksam werden?
22. Abgeordneter  
**Carstens**  
**(Emstek)**  
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß der Personalrat des Bundesfinanzministeriums sich darüber beklagt hat, daß der Bundesfinanzminister personalpolitische Entscheidungen getroffen hat, ohne die Personalvertretung zu informieren und anzuhören?
23. Abgeordneter  
**Carstens**  
**(Emstek)**  
(CDU/CSU) Aus welchem Grund hat es der Bundesfinanzminister bejahendenfalls unterlassen, von dem von ihm vorgesehenen größeren Personalrevirement den Personalrat zu unterrichten und anzuhören?
24. Abgeordneter  
**Dr. Kunz**  
**(Weiden)**  
(CDU/CSU) Mit welcher Zuweisungshöhe des Brennkontingents können die Kartoffelgemeinschaftsbrennereien für das Brennjahr 1977/78 rechnen, und welche Mengen an Agraralkohol wurden im vergangenen Jahr aus welchen Ländern der EG und von außerhalb eingeführt?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft**

25. Abgeordneter  
**Dr. Hubrig**  
(CDU/CSU) In welchem Umfang wird nach Ansicht der Bundesregierung in der Bundesrepublik Deutschland das Wirtschaftswachstum durch verstärkte Anstrengungen der Energieersparnis beim Primärenergieverbrauch stimuliert oder behindert, und welche Folgerungen ergeben sich hieraus für eine mögliche Entkopplung des Wachstums des Sozialprodukts vom Primärenergieverbrauch?
26. Abgeordneter  
**Dr. Hubrig**  
(CDU/CSU) In welchem Umfang wird der Elektrizitätsverbrauch durch die beabsichtigte Verdrängung des Mineralöls im Rahmen der deutschen Primärenergieversorgung und durch neue Techniken (z. B. Wärmepumpen und Solarenergieanlagen) beeinflusst, und welche Folgerungen ergeben sich hieraus für den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Elektrizitätsverbrauch in der Zukunft?
27. Abgeordneter  
**Dr. Steger**  
(SPD) Treffen die vom Bundesverband der Deutschen Industrie in den „Überlegungen zur 2. Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung“ (Köln, März 1977, Seite 9) genannten steuerlichen und genehmigungsrechtlichen Hindernisse bei der Nutzung der Wärme-Kraft-Kopplung zu, und gedenkt die Bundesregierung, diese künftig abzubauen?

28. Abgeordneter  
**Hauser**  
**(Krefeld)**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse der Forschungsarbeit des Instituts für Mittelstandsforschung an den Universitäten Köln und Bonn nach der Umstrukturierung und der Reorganisation des Instituts, und ist die Bundesregierung bereit, Abstand zu nehmen von ihren bisherigen Plänen zur Einengung der Forschungstätigkeit am Institut durch Satzungsänderung, nachdem sowohl der Vorstand des Instituts wie auch die Dekane der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bonn sowie der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln es abgelehnt haben, dieser Änderung ihre Zustimmung zu geben?
29. Abgeordneter  
**Dr. Kunz**  
**(Weiden)**  
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß, wie die Bundesregierung behauptet (Die Welt vom 31. Mai 1977), im Zonenrandgebiet eine Förderung von Investitionen in Höhe bis zu 33 % möglich ist, und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen und wie oft bzw. mit welchem Anteil gemessen an allen Förderfällen im Zonenrandgebiet solche Prozentsätze zu verzeichnen waren?
30. Abgeordneter  
**Dr. Ahrens**  
(SPD)
- Verfügt die Bundesregierung über wissenschaftliche Publikationen, Gutachten, Erfahrungsberichte oder eigene Studien, die ein abgewogenes Urteil über die Preiselastizität der Nachfrage beim Haushaltsstrom und damit über Möglichkeiten und Grenzen einer preispolitischen Nachfragebeeinflussung beim Haushaltsstromverbraucher erlauben?
31. Abgeordneter  
**Dr. Ahrens**  
(SPD)
- Hält die Bundesregierung wirksame preispolitische Maßnahmen, die einerseits eine merkliche Dämpfung der Nachfrage nach Elektrizität im Haushaltsbereich bewirken können, andererseits aber aus allgemeinerwirtschaftlichen Gründen keinen nicht unerheblichen Anstieg des Preisniveaus verursachen dürfen, für möglich?
32. Abgeordneter  
**Dr. Köhler**  
**(Duisburg)**  
(CDU/CSU)
- Welche Vorkehrungen hat die Bundesregierung selbst und bei der Europäischen Kommission für den Fall getroffen, daß der Customs Court in New York im Countervailing-Duty-Verfahren der US-Steel gegen die US-Regierung ein Urteil analog dem Zenith-Urteil vom 12. April 1977 erläßt und die US-Regierung nach dem geltenden Trade Act 1974 von Importeuren deutschen Stahls bereits mit der Veröffentlichung des Urteils erster Instanz die Hinterlegung von Sicherheiten für nahezu 15 % des Einfuhrwerts verlangen muß und damit protektionistische Wirkungen bereits während des bis zur Entscheidung der streitigen Rechtsfrage durch den Supreme Court mehrere Jahre schwebenden Verfahrens entstehen?
33. Abgeordneter  
**Dr. Köhler**  
**(Duisburg)**  
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung in Kenntnis der Tatsache, daß der Export der deutschen Stahlindustrie nach USA von einem durchschnittlichen Rohstahläquivalent von 1,5 Millionen t inzwischen ohnehin schon auf ein Rohstahläquivalent von 0,85 Millionen t zurückgegangen ist, Vorkehrungen für den zusätzlich zu erwartenden Beschäftigungsausfall bei den deutschen Hüttenwerken getroffen oder geplant z. B. durch eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Hüttenwerke bei der Versorgung mit Kohle und Koks oder durch die Vergabe von öffentlichen Aufträgen z. B. im Rahmen des Sanierungsprogramms der Deutschen Bundesbahn?

34. Abgeordneter  
**Dr. Friedmann**  
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen antragstellende Kommunen Objekte zur Förderung nach dem Programm für Zukunftsinvestitionen eingereicht haben, die ohnehin gebaut worden wären, und wie bewertet die Bundesregierung gegebenenfalls die Folge eines solchen Verfahrens, daß dann die erhofften konjunkturbelebenden Wirkungen des Programms nicht eintreten würden?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

35. Abgeordneter  
**Lampersbach**  
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, in welchem Umfang Arbeitsplätze und selbständige Existenzen im Lebensmitteleinzelhandel bedroht sind, wenn der Bundesernährungsminister unter Hinweis auf die Sicherung von 2000 Arbeitsplätzen auch weiterhin gegen den Widerstand seiner EG-Amtskollegen für die Aufrechterhaltung sogenannter „Butterfahrten“ in Norddeutschland eintritt, und wenn ja, wie vereinbart die Bundesregierung diese Erkenntnisse mit ihrem Eintreten für die „Butterfahrten“?
36. Abgeordneter  
**Lampersbach**  
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch die erneute Genehmigung sogenannter „Butterfahrten“ dem Staat jährlich nicht nur Steuereinnahmen in Millionenhöhe entgehen, sondern insbesondere im stationären Einzelhandel kleine und mittlere Unternehmen einer verzerrten Wettbewerbssituation gegenüberstehen, die der erklärten Absicht der Bundesregierung, „verbesserte Rahmenbedingungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“ zu schaffen (Jahreswirtschaftsbericht 1976) diametral entgegenstehen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
37. Abgeordneter  
**Ey**  
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang bzw. zu welchem Anteil dienen die in der Öffentlichkeit oftmals kritisierten Aufwendungen zur Förderung der Landwirtschaft ausschließlich, überwiegend oder zum großen Teil der Erhaltung einer gesunden Landschaft?
38. Abgeordneter  
**Müller**  
(Bayreuth)  
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit zu verhindern, daß an Tieren blutige Versuche oder schwere gesundheitsschädigende Eingriffe an Instituten vorgenommen werden, die der öffentlichen Kontrolle durch staatliche Organe oder Tierschutzvereinigungen entzogen sind, und kann darüber hinaus sichergestellt werden, daß in Zeitungswerbungen für Tierankäufe zu diesem Zweck die Absicht der Inserenten unmißverständlich zum Ausdruck gebracht werden muß?
39. Abgeordneter  
**Kuhlwein**  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Rückgang des Milchverbrauchs an Schulen zugunsten von anderen Erfrischungsgetränken, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Milchverbrauch wieder zu erhöhen?

40. Abgeordneter  
**Dr. von Geldern**  
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung nach wie vor die niederländische Raubfischerei in den deutschen Küstengewässern als einen Zustand andauern läßt, den der Leiter des niedersächsischen Fischereiamts in Bremerhaven, Hagen, damit beschreibt, daß niederländische Fischkutter „in ganzen Rudeln“ in der 12-Meilenzone erscheinen, dort rechtswidrig „mit 1 500 bis 1 800 PS starken Kuttern“ die teuren Seezungen und Schollen fischen und dabei mit ihrem schweren Geschirr den Meeresboden aufreißen und die Brut und das Biotop auch für andere Lebewesen vernichten, und wenn ja, was wird die Bundesregierung dagegen unternehmen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung**

41. Abgeordnete  
**Frau Hoffmann**  
(Hoya)  
(CDU/CSU)
- Stimmt es, daß vor dem 1. Januar 1977 im Wege der Familienzusammenführung nachgereiste Jugendliche aus Nicht-EG-Ländern unter bestimmten Voraussetzungen, d. h. wenn keine deutschen Arbeitskräfte in ausreichender Menge zur Verfügung stehen, eine Arbeitserlaubnis erhalten sollen, und wann werden diese Arbeitskräfte gegebenenfalls beispielsweise für das Gastgewerbe, das zu Saisonbeginn einen erhöhten Bedarf hat, zur Verfügung stehen?
42. Abgeordneter  
**Höpfinger**  
(CDU/CSU)
- Welche Faktoren haben die Entwicklung der Beitragseinnahmen bei der gesetzlichen Rentenversicherung im einzelnen in jeweils welchem Umfang beeinflußt, wie groß ist insbesondere der Betrag zu veranschlagen, der noch für 1976 verbucht wurde, weil durch die Lage der Feiertage mehr Arbeitstage zur Verfügung standen als im Durchschnitt der Jahre?
43. Abgeordneter  
**Höpfinger**  
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist der Anteil der freiwilligen Beiträge im Verhältnis zum gesamten Beitragsaufkommen, und in welchem Umfang hat sich absolut und prozentual dieser Anteil durch die bevorstehende Umstellung von der Markenkleberei auf das Abbuchungsverfahren im Jahr 1976 vergrößert oder vermindert?
44. Abgeordneter  
**Kraus**  
(CDU/CSU)
- Zu welchen Änderungen der Vorausberechnungen gibt die bis jetzt zu registrierende Lohnentwicklung Anlaß, und welche durchschnittliche Arbeitslosenzahl legt die Bundesregierung ihren Vorausberechnungen nunmehr mit welchen Wirkungen auf die Entwicklung der Beitragseinnahmen in der gesetzlichen Rentenversicherung zugrunde?
45. Abgeordneter  
**Hofmann**  
(Kronach)  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, auf Grund der derzeitigen Arbeitsmarktlage die Spätheimkehrer in bezug auf die flexible Altersgrenze genau so zu behandeln wie die Schwerbeschädigten?
46. Abgeordneter  
**Urbaniak**  
(SPD)
- Welchen Prozentsatz wird das Rentenniveau mit 45 Versicherungsjahren nach dem Zwanzigsten Rentenanpassungsgesetz mit der Anpassung am 1. Juli 1977 erreichen?
47. Abgeordneter  
**Urbaniak**  
(SPD)
- Ist schon einmal seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland ein derartig hohes Rentenniveau erreicht worden?



48. Abgeordnete  
**Frau Erler**  
(SPD) Zu welchen Ergebnissen hat die angekündigte Überprüfung der Arbeitszeitordnung bisher geführt?
49. Abgeordnete  
**Frau Erler**  
(SPD) Welche Änderungen der Arbeitszeitordnung werden insbesondere hinsichtlich der Arbeitspausen angestrebt?
50. Abgeordneter  
**Dr. Friedmann**  
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um einem Mißbrauch der Arbeitslosenunterstützung in der Art, daß zumutbare Tätigkeiten unter nicht stichhaltigen Gründen abgelehnt werden, entgegenzuwirken?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung**

51. Abgeordneter  
**Pawelczyk**  
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß die Wehrpflichtigen der Bundeswehr alle öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos benutzen können?
52. Abgeordneter  
**Pawelczyk**  
(SPD) Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, mit den Ministerpräsidenten der Bundesländer über eine Kostenbeteiligung zu verhandeln?
53. Abgeordneter  
**Biehle**  
(CDU/CSU) Treffen erneute Pressemeldungen entgegen den bisherigen Dementis des Bundesverteidigungsministeriums zu, wonach Leopard-Panzer über Lizenzhersteller in Italien oder auch auf anderem Wege in den Besitz bzw. zum Test in die Hände der Sowjets oder auch anderer Warschauer Pakt Länder gelangt sind?
54. Abgeordneter  
**Biehle**  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, notfalls eingehende Überprüfungen und Untersuchungen auch in Verbindung mit der italienischen Regierung anzustellen, um diese Meldungen einwandfrei zu klären und das Parlament restlos über die Vorgänge zu informieren?
55. Abgeordneter  
**Würtz**  
(SPD) Dürfen Soldaten an Kundgebungen und Veranstaltungen des Deutschen Gewerkschaftsbunds (z. B. am 1. Mai) in Uniform teilnehmen und dabei wie jeder Staatsbürger Plakate tragen?
56. Abgeordneter  
**Würtz**  
(SPD) Sind auf Veranlassung des Bundesverteidigungsministeriums am 1. Mai 1977 bei Veranstaltungen des Deutschen Gewerkschaftsbunds in der gesamten Bundesrepublik gezielte Aufklärungsaktionen gegen teilnehmende Soldaten in Uniform vorgenommen worden?
57. Abgeordneter  
**Dr. Voss**  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die endgültige Höhe der Kostenberechnung für den Flug des SPD-Parteivorsitzenden Brandt nach Tel Aviv auf Grund der vor einigen Wochen angekündigten Verhandlungen mit dem Bundesrechnungshof bekanntzugeben?
58. Abgeordneter  
**Damm**  
(CDU/CSU) Entspricht die Rücknahme der Genehmigung der Prüfungsordnungen für die Hochschule der Bundeswehr in Hamburg durch den Senator für Kunst und Wissenschaft, Bürgermeister Prof. Biallas, Geist und Buchstaben der Abmachungen, wie sie zur Gründung der Hochschule von der Bundesregierung und dem Hamburger Senat vereinbart worden sind?

59. Abgeordneter **Damm** (CDU/CSU) Erwägt die Bundesregierung, die im Herbst fälligen Prüfungen (Staatsexamen) der in Hamburg studierenden Offiziere an die Hochschule der Bundeswehr in München zu verlegen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit**

60. Abgeordneter **Jaunich** (SPD) Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um angesichts des anhaltend hohen Zigarettenkonsums den gesundheitlichen Gefahren der Raucher durch Hilfen bei einer Entwöhnung zu begegnen?
61. Abgeordneter **Jaunich** (SPD) Welche Erfolgsquoten weisen die vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit finanzierten Raucherentwöhnungsmethoden auf?
62. Abgeordneter **Hofmann (Kronach)** (SPD) Aus welchen Gründen hat das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit in dem mit dem ADAC herausgegebenen Urlaubsführer „Familienferien“ die familiengerechten Urlaubs- und Erholungsgebiete im Frankenwald (Kreis Kronach) und im Coburger Land unberücksichtigt gelassen?
63. Abgeordnete **Frau Eilers (Bielefeld)** (SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Pharmaindustrie zu veranlassen, daß die Beschreibungen, die den Medikamentenpackungen beigefügt sind, einmal für Normalverbraucher verständlicher abgefaßt sind und auf lateinische Bezeichnungen verzichten, zum anderen aber auch für Sehbehinderte besser als bisher lesbar sind?
64. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD) Gedenkt die Bundesregierung, wie die Product-Safety-Commission der USA die Verwendung von Tris bei der Appretur von Bekleidungsstoffen zu verbieten, wie dies in Newsweek vom 18. April berichtet wurde?
65. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD) Was hat die Bundesregierung bereits getan, um die Einfuhr von mit Tris appretierten Stoffen und Bekleidungsgegenständen zu verhindern?
66. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU) Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung bis heute einen Gesetzentwurf über die Neuordnung der Ausbildung nicht-ärztlicher Heilberufe noch nicht vorgelegt, und wann ist mit der Vorlage nunmehr zu rechnen?
67. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Reform der Hebammenausbildung inzwischen so dringlich geworden ist, daß sie notfalls vorab in Angriff genommen werden sollte, sofern mit der Vorlage eines die anderen nicht-ärztlichen Heilberufe umfassenden Gesetzentwurfs nicht in nächster Zukunft gerechnet werden kann?

68. Abgeordneter  
**Horstmeier**  
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung vorgesehen, in dieser Legislaturperiode das Pflegegeld für Zivilgeschädigte nach dem Bundessozialhilfegesetz dem Pflegegeld für Kriegsbeschädigte nach dem Bundesversorgungsgesetz anzupassen, und wenn ja, in welcher Richtung wird diese Anpassung vorgenommen werden?
69. Abgeordneter  
**Marschall**  
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die finanzielle Situation des deutsch-französischen Jugendwerks, insbesondere die finanziellen Aussichten für 1978?
70. Abgeordneter  
**Marschall**  
(SPD) Wird die Bundesregierung Bestrebungen unterstützen, die darauf gerichtet sind, den Anteil berufstätiger Jugendlicher an den Förderungsmaßnahmen des deutsch-französischen Jugendwerks zu erhöhen?
71. Abgeordneter  
**Wüster**  
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, sich neben den Ländern und Gemeinden direkt an der Finanzierung von psychiatrischen Maßnahmen zu beteiligen, um so zu einer Verbesserung der Versorgung vieler psychisch Kranker und geistig Behinderter beizutragen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen**

72. Abgeordneter  
**Tillmann**  
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung inzwischen unternommen bzw. erreicht, nachdem sie auf meine mündliche Anfrage vom 15. April 1976 zum Problem Verhinderung der Einreise von Motorradfahrern aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR zugesichert hat, in der Kommission nach Artikel 32 des Verkehrsvertrags weiterhin den Standpunkt zu vertreten, daß eine Einreiseerlaubnis nach dem Wortlaut des Vertrags für Kraftfahrzeuge schlechthin, also auch für Motorräder, gelten muß?
73. Abgeordneter  
**Dr. Corterier**  
(SPD) Ist es richtig, daß nach der vom Vorstand der Deutschen Bundesbahn beabsichtigten Stilllegung des Ausbesserungswerks Karlsruhe bereits im ersten Halbjahr 1978 ca. 550 Mitarbeiter des Ausbesserungswerks Karlsruhe frei werden, und daß diese Mitarbeiter bei der Deutschen Bundesbahn nicht produktiv eingesetzt werden können?
74. Abgeordneter  
**Dr. Corterier**  
(SPD) Ist es richtig, daß die Einstellung der Nahverkehrswagenfertigung im Ausbesserungswerk Karlsruhe auf dem Bedarf von ca. 4200 Nahverkehrswagen für das ursprünglich geplante betriebswirtschaftlich optimale Streckennetz basiert, und ist überprüft worden, ob für das inzwischen von der Staatssekretärsgruppe erarbeitete Streckennetz nicht doch eine größere Zahl von Nahverkehrswagen benötigt wird und damit eine Weiterführung der Nahverkehrswagenfertigung der Bedarfsdeckung dienen würde?
75. Abgeordnete  
**Frau  
Pack**  
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Fortfall der zusätzlichen Fahrpreismäßigung für Geschwister bei Schülerzeitkarten der Deutschen Bundesbahn, der Fahrpreiserhöhungen bis zu 95 % zur Folge hat, dem Grundgedanken der Regierungserklärung Bundeskanzler Schmidt's vom 16. Dezember 1976, „daß es Familien mit Kindern insgesamt leichter haben“ sollen, widerspricht?

76. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD) Treffen Berichte zu, wonach bei der Deutschen Bundesbahn und bei der Deutschen Bundespost im Jahr 1976 und im laufenden Haushaltsjahr zahlreiche Überstunden gemacht, sowie bei der Vergabe von Leistungen und Lieferungen an Firmen, die für die Deutsche Bundespost und die Deutsche Bundesbahn tätig werden — z. B. Leitungsbau zur Elektrifizierung —, in den Verträgen Überstunden nicht ausgeschlossen wurden, und was ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit zu tun, um statt zusätzlicher Überstunden Neueinstellungen zu erreichen?
77. Abgeordneter  
**Weisskirchen**  
(Wiesloch)  
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß Ausbildungskapazitäten der Deutschen Bundesbahn brach liegen (z. B. Heidelberg), und durch welche Maßnahmen soll dies gegebenenfalls geändert werden?
78. Abgeordneter  
**Wendt**  
(SPD) Welche Überlegungen gibt es zur Verbesserung der Türsicherungen von Zügen der Deutschen Bundesbahn, und welche konkreten Maßnahmen sind geplant?
79. Abgeordneter  
**Wolfram**  
(Recklinghausen)  
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse des vom ADAC durchgeführten Autobahntoiletten-tests, und was gedenkt sie zu tun, um kurzfristig für ein Höchstmaß an Sauberkeit und Hygiene zu sorgen?
80. Abgeordneter  
**Wolfram**  
(Recklinghausen)  
(SPD) Besteht das Risiko, daß Untersuchungsergebnisse, wie sie jetzt beim Autobahntoilettenfeststellung wurden, im Prinzip in ähnlicher Form auch bei Bundesbahn- und anderen öffentlichen Toiletten zu erwarten sind, und was müßte geschehen, um nachhaltig und wirkungsvoll derartige Gefahren für die Gesundheit zu bekämpfen?
81. Abgeordneter  
**Kuhlwein**  
(SPD) Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung gegen die in einer ADAC-Untersuchung festgestellte Gefährdung der Benutzer von Autobahntoiletten und Babywickelräumen in Autobahnraststätten durch Krankheitserreger wie z. B. Staphylokokken, Salmonellen und Kolibakterien einzuleiten?
82. Abgeordneter  
**Dr. Laufs**  
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Verringerung der Schallemissionen von Kraftfahrzeugreifen durch technische Richtlinien hinsichtlich innerem Aufbau, Breite, Profil und zulässiger Höchstgeschwindigkeit, und beabsichtigt die Bundesregierung gegebenenfalls, Rahmenbedingungen für die Reifenherstellung zu setzen?
83. Abgeordneter  
**Braun**  
(CDU/CSU) Wie ist der Widerspruch zu erklären, der m. E. darin besteht, daß die Bundesregierung auf meine mündliche Frage (laut Drucksache 8/129 Nr. 127) bestätigt, der Umfang der wegen fehlender Schallschutzregelung nicht durchführbaren Straßenbauvorhaben sei ihr bekannt, während sie auf meine Zusatzfrage (Stenographischer Bericht über die 24. Sitzung vom 4. Mai 1977) die Erstellung einer entsprechenden Liste als schwierig und langwierig bezeichnet?
84. Abgeordneter  
**Braun**  
(CDU/CSU) Welche Straßenbaumaßnahmen der Dringlichkeitsstufe I A des verabschiedeten Bedarfsplans konnten wegen fehlender Schallschutzregelung bisher nicht begonnen werden?

85. Abgeordneter  
**Broll**  
(CDU/CSU) Deutet das an Neubaustrecken von Autobahnen (z. B. auf der Strecke Bremen—Oldenburg—Wilhelmshaven) häufig anzutreffende Schild „80 km Höchstgeschwindigkeit bei Nässe“ darauf hin, daß für den Bau dieser Autobahnabschnitte ungeeignete bzw. unzulängliche Oberflächenmaterialien benutzt wurden, bzw. welche anderen Ursachen machen diese Beschränkung nötig?
86. Abgeordneter  
**Dr. Jobst**  
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, daß Kraftfahrer in die falsche Fahrbahn auf Autobahnen geraten, wie es in letzter Zeit häufig passiert ist und dabei ein erhebliches Unfallrisiko heraufbeschworen wurde?
87. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD) Trifft es zu, daß Konzessionen zum gewerblichen Güterkraftverkehr 1949 für 5 DM ausgegeben wurden und diese Konzessionen heute für 80 000 DM bis 170 000 DM privat weiterverkauft werden, und falls dies zutrifft, was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?
88. Abgeordneter  
**Dr. Becker**  
(Frankfurt)  
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Untersuchungsergebnisse vor, ob und inwieweit durch die Herabsetzung der Alkoholtoleranzgrenze auf 0,8 Promille im Blut eine Senkung der alkoholbedingten Unfälle, der Zahl der Verletzten und der Toten erreicht werden konnte?
89. Abgeordneter  
**Wohlrabe**  
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, wonach die DDR eine drastische Erhöhung der jährlichen Pauschale für Mehrleistungen der DDR im innerdeutschen Brief- und Paketverkehr fordert, und welche Haltung wird die Bundesregierung gegebenenfalls gegenüber dieser Forderung einnehmen?
90. Abgeordneter  
**Luster**  
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung bei der bevorstehenden Verhandlungsrunde mit der DDR auch die bisher nicht eingehaltenen Vereinbarungen des Postabkommens, wie beispielsweise die Weigerung Ost-Berlins, die ausgehandelte Ausdehnung des automatischen Telefonverkehrs durch entsprechende Schaltungen zu verwirklichen, zur Sprache bringen, und wie gedenkt sie, die Einhaltung von Verträgen durch die DDR in Zukunft durchzusetzen?
91. Abgeordneter  
**Dr. Pfennig**  
(CDU/CSU) Welche Schritte hat die Bundesregierung bisher unternommen, um die hohe Zahl von Zurückweisungen im Paketverkehr mit der DDR und die hohe Verlustquote an Sendungen endlich abzubauen?
92. Abgeordneter  
**Dr. Althammer**  
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, einen Gesetzentwurf im Deutschen Bundestag einzubringen, der einen Beförderungsvorbehalt für Paketsendungen bis zu 10 kg zu Gunsten der Deutschen Bundespost vorsieht?
93. Abgeordneter  
**Kroll-Schlüter**  
(CDU/CSU) Welche Ausbildungskapazitäten einschließlich des Fernmeldehandwerks standen der Deutschen Bundespost in den Jahren 1976 und 1977 zur Verfügung, und wieviel Ausbildungsplätze sind hiervon besetzt worden?

94. Abgeordneter  
**Kroll-Schlüter**  
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß insbesondere Ausbildungsplätze für den fernmeldetechnischen Dienst vernichtet und im Jahr 1977 durch Ausbildungsplätze für andere postdienstliche Zwecke ersetzt wurden, und was sind gegebenenfalls die Gründe hierfür?
95. Abgeordneter  
**Pfeffermann**  
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost vor Abschluß des Betriebsversuchs in den Nahverkehrstarifbereichen nicht beabsichtigt, Ortsnetze auf der Basis kommunaler Neugliederungen zusammenzufassen?
96. Abgeordneter  
**Pfeffermann**  
(CDU/CSU) Werden bei den Betriebsversuchen in den sechs ausgewählten Nahverkehrstarifbereichen der Deutschen Bundespost nur technische Einrichtungen im Rahmen des 8-Minuten-Zeittakts erprobt, oder sollen diese Versuche auch dazu dienen, Erkenntnisse zu gewinnen, die eventuell geeignet sind, die Einführung des 8-Minuten-Zeittakts fallenzulassen?
97. Abgeordneter  
**Niegel**  
(CDU/CSU) Welche Vorstellungen hat nunmehr die Bundesregierung über die Zukunft des Kraftpostreisedienstes, und welche Folgen hätte die Umwandlung des Kraftpostreisedienstes in eine privat-rechtliche Bus-GmbH für das beschäftigte Personal sowie für die betroffenen Gebiete unter Berücksichtigung der Verkehrsversorgung für die Bevölkerung?
98. Abgeordneter  
**Gobrecht**  
(SPD) Bestehen seitens der Bundesregierung Überlegungen, auch im übernationalen Telefonverkehr – insbesondere innerhalb der EG-Staaten – einen verbilligten Tarif in den Nachtstunden (Mondscheintarif) anzustreben, und falls dies zutrifft, welcher Verhandlungsstand ist mit welchen Ländern bisher erreicht worden?
99. Abgeordneter  
**Böhm**  
(Melsungen)  
(CDU/CSU) Wie wird die Bundesregierung langfristig sicherstellen, daß nach der im nächsten Jahrzehnt erwarteten Einführung des Satellitenfernsehens die Fernsehprogramme der Bundesrepublik Deutschland auch in allen Teilen der DDR empfangen werden können?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen**

100. Abgeordneter  
**Graf Huyn**  
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß im Gegensatz zum Jahr 1976, in dem bis zum Monat Mai ca. 300 verurteilte politische Gefangene aus DDR-Haftanstalten vorzeitig entlassen wurden, in diesem Jahr nur ca. 50 verurteilte politische Gefangene entlassen wurden, und was beabsichtigt die Bundesregierung zu unternehmen, um dafür Sorge zu tragen, daß entsprechend ihren Gegenleistungen die Entlassungen schnellstens abgewickelt werden?
101. Abgeordneter  
**Milz**  
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung der in der Broschüre Menschenrechte Nr. 2 April/Mai 1977 (herausgegeben von der Gesellschaft für Menschenrechte e. V., Frankfurt) geschilderten innerdeutschen Familienschicksale und Fälle von Wünschen einer Familienzusammenführung bekannt?

102. Abgeordneter  
**Milz**  
(CDU/CSU)      Was hat die Bundesregierung gegebenenfalls bisher konkret unternommen, um diesen betroffenen deutschen Familien im anderen Teil Deutschlands zur Freiheit zu verhelfen und somit die Regierung der DDR an die Beschlüsse der KSZE von Helsinki zu erinnern?
103. Abgeordneter  
**Dr. Langguth**  
(CDU/CSU)      Warum hat die Bundesregierung in der vom Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen herausgegebenen Dokumentation „Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, 1969 bis 1976“ (April 1977) nicht darauf hingewiesen, daß bekannte Orchester und Theater aus der DDR im Rahmen von Parteiveranstaltungen der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) spielten, obwohl offensichtlich einige Tournees der in dieser Dokumentation genannten Orchester für DKP-Veranstaltungen genutzt wurden?
104. Abgeordneter  
**Dr. Langguth**  
(CDU/CSU)      Welche Theater bzw. Orchester aus der DDR haben in den Jahren von 1973 bis 1977 in welchen Städten auf Parteiveranstaltungen der DKP gastiert?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie**

105. Abgeordneter  
**Dr. Steger**  
(SPD)      Wie beurteilt die Bundesregierung das Programm der 28. ordentlichen Hauptversammlung der Max-Planck-Gesellschaft in Kassel, insbesondere die umfangreichen Besichtigungen und das Thema des Festvortrags „Scherz und Ernst in der vergleichenden Jurisprudenz“ im Hinblick auf die Aufgabenstellung der Max-Planck-Gesellschaft und die Effizienz der dort eingesetzten Steuermittel, und was will die Bundesregierung tun, um eine aufgabenadäquate Verwendung der Steuergelder sicherzustellen?
106. Abgeordneter  
**Hansen**  
(SPD)      Treffen Presseberichte zu, nach denen die Regierung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1968 Israel behilflich war, 200 t Uran von einem Frachtschiff nach Israel verschwinden zu lassen, und ist nach einem Hinweis aus der gleichen Quelle der Bundesnachrichtendienst an dieser Aktion mitbeteiligt gewesen?
107. Abgeordneter  
**Dr. Waigel**  
(CDU/CSU)      Treffen Pressemeldungen zu, daß die Entwicklung einer Schweißbrille vom Bundesministerium für Forschung und Technologie gefördert wird, obwohl die üblichen Förderungsvoraussetzungen nicht erfüllt sind, und daß die Förderung nur deshalb erfolgt, weil der Bundesminister, offenbar ohne Kenntnis des Sachverhalts, auf einem Kongreß behauptet hat, sein Ministerium fördere dieses Projekt?
108. Abgeordneter  
**Dr. Waigel**  
(CDU/CSU)      Wie ist dieses Verfahren gegebenenfalls mit den Geboten einer geordneten Haushaltsführung und einer sparsamen Verwendung von Steuergeldern zu vereinbaren?

### Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

109. Abgeordneter  
**Sauter**  
(Epfendorf)  
(CDU/CSU)      Trifft es zu, daß verschiedene Bundesministerien Abgeordneten der SPD/FDP bzw. der Regierungsfraktion Hinweise für die Einbringung von großen und kleinen Anfragen bzw. von Fragen für die Fragestunde geben, und geben einige Bundesministerien Formulierungshilfen hierfür?
110. Abgeordneter  
**Sauter**  
(Epfendorf)      Wird die Antwort der Bundesregierung auf Fragen der SPD/FDP-Abgeordneten diesen schon vor Beginn der Fragestunde zur Verfügung gestellt?
111. Abgeordneter  
**Dr. Voss**  
(CDU/CSU)      Hat das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung dem Sender Radio Moskau das vor kurzem in der Bundesrepublik Deutschland erschienene Memoirenbuch von Willy Brandt übersandt, und wenn ja, auf Grund welcher Überlegungen?
112. Abgeordneter  
**Regenspurger**  
(CDU/CSU)      Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um ihre am 7. Juli 1976 im Fränkischen Tag erschienene Gegendarstellung zu Aussagen der CSU hinsichtlich der Informationspolitik der Bundesregierung vor der Wahl am 3. Oktober 1976, deren Inhalt nach Ergehen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 unhaltbar geworden ist, vor dem Wähler in geeigneter Weise zu korrigieren?

### Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

113. Abgeordneter  
**Dr. Wittmann**  
(München)  
(CDU/CSU)      Werden Besucher der deutschen Botschaft in Moskau generell durch sowjetische Organe kontrolliert und/oder in Einzelfällen am Betreten des Gebäudes gehindert?
114. Abgeordneter  
**Dr. Wittmann**  
(München)  
(CDU/CSU)      In welcher Weise kümmert sich die Bundesregierung um das weitere Schicksal der in der Sowjetunion am 18. Mai 1977 verhafteten Deutschen, welche die deutsche Botschaft aufgesucht hatten, und hat sie insbesondere deren Namen und Wohnanschriften festgehalten?
115. Abgeordneter  
**Krey**  
(CDU/CSU)      Welche praktischen Maßnahmen plant die Bundesregierung, um den EG-Beitritt Portugals, Griechenlands und Spaniens noch in diesem Jahr durchzusetzen?
116. Abgeordneter  
**Krey**  
(CDU/CSU)      Wird die Bundesregierung den Wiener Appell des DGB-Vorsitzenden, Heinz-Oskar Vetter, die Zusammenarbeit zwischen EFTA und EG zu verbessern, unterstützen, und wie soll das gegebenenfalls praktisch geschehen?
117. Abgeordneter  
**Dr. Becher**  
(Pullach)  
(CDU/CSU)      Treffen Pressemitteilungen zu, daß die Bundesregierung das deutsche Konsulat in Windhuk auflösen und das Kulturabkommen mit Südafrika für den Bereich Südwestafrikas kündigen will, und welche Gründe hat sie bejahendenfalls, damit langjährigen Förderungen der sogenannten SWAPO nachzukommen und zugleich die Position der in Südwestafrika beheimateten Deutschen mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit zu gefährden?



118. Abgeordneter  
**Dr. Becher**  
(Pullach)  
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß der von den bodenständigen Volksgruppen Südwestafrikas in der Windhuker Turnhallenkonferenz verabschiedete Verfassungsentwurf ein vorbildliches Beispiel für die Selbstregierung einer ethnisch vielgliedrigen afrikanischen Bevölkerung ist, und was veranlaßt sie, diesen Entwurf dadurch in seiner Bedeutung zu mindern, daß sie der kommunistisch beeinflussten und minderheitenfeindlich eingestellten sogenannten SWAPO ihre Unterstützung leiht?
119. Abgeordneter  
**Niegel**  
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung die völlige Aufgabe der diplomatischen Präsenz in Südwestafrika durch Schließung des deutschen Generalkonsulats erwägt, glaubt sie, dadurch noch den Schutz und die Sicherheit der dort ansässigen Deutschen und Deutschstämmigen gewährleisten zu können, und stellt die Aufgabe des deutschen Konsulats nicht ein völliges Zurückweichen vor den Ansprüchen der kommunistischen Swapo dar?
120. Abgeordneter  
**Dr. Hupka**  
(CDU/CSU)
- In welcher Weise hat der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Herr van Well, die Übergabe der acht sowjetischen Bürger deutschen Volkstums, die am 18. Mai 1977 die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland aufgesucht hatten, an die sowjetischen Behörden charakterisiert?
121. Abgeordneter  
**Dr. Hupka**  
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber erteilen, ob die acht Bürger der Sowjetunion deutschen Volkstums, die am 18. Mai 1977 zu 15 Tagen Haft verurteilt worden sind, sich wieder in Freiheit befinden, und welche Gewißheit besteht, ob und wann die Erlaubnis zur Ausreise erteilt wird?
122. Abgeordneter  
**Dr. Hennig**  
(CDU/CSU)
- Wieviel unerledigte Ausreisefälle sind der Bundesregierung aus Ostblockstaaten insgesamt und aufgliedert nach den einzelnen Staaten bekannt?
123. Abgeordneter  
**Hansen**  
(SPD)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung inzwischen zur Prüfung der Frage eingeleitet, ob Mitglieder der iranischen Botschaft in Bonn für den iranischen Geheimdienst SAVAK arbeiten, und beabsichtigt die Bundesregierung, im Fall einer Bestätigung dieses Verdachts die Betroffenen zu unerwünschten Personen zu erklären und aus der Bundesrepublik Deutschland auszuweisen?
124. Abgeordneter  
**Dr. Czaja**  
(CDU/CSU)
- Trifft die möglicherweise aus amtlichen Quellen inspirierte Information des Bonner Generalanzeigers vom 7. Juni 1977 (Seite 2) zu, wonach die kommenden deutsch-sowjetischen Besprechungen nicht mit „strittigen bilateralen Fragen“ „belastet“ werden, sondern „Felder der Übereinstimmung im weltpolitischen Bereich“ suchen und „in den Vordergrund rücken“ sollen?
125. Abgeordneter  
**Dr. Czaja**  
(CDU/CSU)
- Wie viele Tausende Deutsche sind nach August 1975 auf Grund bilateraler Vereinbarungen und wie viele ohne bilaterale Vereinbarungen aus den Ostblockstaaten in die Bundesrepublik Deutschland zum dauernden Aufenthalt eingereist?

126. Abgeordneter  
**Spranger**  
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des amerikanischen Präsidenten Carter, die DDR habe eine Reihe von Maßnahmen eingeführt, die darauf abzielen, legale Unterschiede zwischen ihrem eigenen Territorium und dem Ost-Berlins zu verwischen, und wird die Bundesregierung diese Verstöße gegen die Helsinki-Akte auf der Konferenz von Belgrad zur Sprache bringen?

**B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien  
sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren  
schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung  
gebeten wurde**

**Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen**

1. Abgeordneter  
**Dr. Hupka**  
(CDU/CSU)      Wie beurteilt die Bundesregierung eine Veröffentlichung des Goethe-Instituts in Hongkong, in der die Bundesrepublik Deutschland als Germany dargestellt wird und Berlin derartig an den Rand gedrängt ist, daß noch nicht einmal Platz für den vollen Namen ist?
2. Abgeordneter  
**Dr. Hupka**  
(CDU/CSU)      Ist der Bundesregierung die Information von Professor Dr. Karl Josef Partsch, Mitglied der Deutschen Delegation bei der Tagung des UN-Unterausschusses für rassische und nationale Diskriminierung in Wien, bekannt, derzufolge die Deutschen in der Tschechoslowakei als Staatenlose nicht in den Genuß der Schutzvorschriften für Arbeiter gelangen, und ist sie bereit, mit der Prager Regierung über die rechtliche Gleichstellung der Deutschen zu verhandeln?
3. Abgeordneter  
**Dr. Schmitt-Vockenhausen**  
(SPD)      In welchem Umfang sind Arbeitsplätze bei den US-Streitkräften zum Nachteil der deutschen Zivilbediensteten in den Jahren 1975 bis 1977 mit Familienangehörigen von Soldaten oder auch Touristen besetzt worden, und welche Schritte wird die Bundesregierung gegebenenfalls unternehmen?
4. Abgeordneter  
**Kiechle**  
(CDU/CSU)      Trifft es zu, daß die Bundesrepublik Deutschland für die Unterhaltung des Spandauer Gefängnisses jährliche Zahlungen in Höhe von rd. 1 Million DM leistet, und falls ja, ist die Bundesregierung bereit, diese Zahlungen umgehend einzustellen, um künftig jede Mitschuld am inhumanen Strafvollzug gegen Rudolf Heß zu vermeiden?
5. Abgeordneter  
**Voigt**  
(Frankfurt)  
(SPD)      Welche Informationen besitzt die Bundesregierung über die Wahrnehmung der Rechte der Bundesrepublik Deutschland aus dem Spitzbergenabkommen von 1920, und welche Folgerungen zieht sie daraus?
6. Abgeordneter  
**Niegel**  
(CDU/CSU)      Trifft es zu, daß das Auswärtige Amt mehrere Eingaben von Bundesbürgern erhielt, die sich auf die Bestände der Deutschen (Preußischen) Staatsbibliothek in polnischen Bibliotheken beziehen und auf diese Anfragen bisher keine Antwort von Seiten des Auswärtigen Amtes erfolgte?
7. Abgeordneter  
**Gerstein**  
(CDU/CSU)      Trifft es zu, daß die deutsche Privatschule in Karibib (Südwesafrika) durch die Bundesregierung vor die Alternative gestellt worden ist, entweder keine deutschen Kinder mehr einzuschulen und dafür bis zum Auslaufen der letzten Jahrgänge weiterhin finanzielle Unterstützung zu erhalten oder im Fall der Weigerung diese Unterstützung mit Ablauf des Jahres 1978 zu verlieren?

8. Abgeordneter  
**Gerstein**  
(CDU/CSU)      Welche Gründe hat die Bundesregierung nach dem Entzug der Bonner Unterstützung der deutschen Privatschule in Lüdentzbucht nun auch, einer weiteren Privatschule in Deutsch-Südwest-Afrika die Existenzgrundlage zu nehmen?
9. Abgeordneter  
**Dr. Czaja**  
(CDU/CSU)      Betrachtet der Bundeskanzler das weiterhin unge löste Kriegsgräberproblem mit tausenden von Gräbern deutscher Soldaten in Jugoslawien auch als ein „sehr kleines Problem“ nachdem er in einem Interview mit Tanjug vor seiner Reise nach Belgrad feststellte, es gebe zwischen Bonn und Belgrad nur noch „sehr kleine Probleme“?
10. Abgeordneter  
**Voigt**  
(Frankfurt)  
(SPD)      Was hat die Bundesregierung unternommen, um das Leben der deutschen Staatsbürgerin Elisabeth Käsemann zu retten, die am 8. März 1977 in Buenos Aires entführt wurde und nun angeblich bei einem Feuergefecht ums Leben gekommen ist?
11. Abgeordneter  
**Voigt**  
(Frankfurt)  
(SPD)      Welche politischen Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus der Tatsache des Verschwindens von drei deutschen Staatsbürgern, der Inhaftierung von weiteren 30 Deutschen und dem jetzigen Tod von Elisabeth Käsemann in Argentinien zu ziehen?
12. Abgeordneter  
**Dr. Aigner**  
(CDU/CSU)      Wie beurteilt die Bundesregierung die Anregung des Bundespräsidenten, die nationalen Parlamente sollten bei allen wichtigen Fragen neben den Bericht-erstattem der Fachausschüsse auch einen Bericht-erstatte hören, der die europäischen Gesichtspunkte der anstehenden Entscheidung darlegt, und welche konkreten Schritte wird die Bundesregierung un-ternehmen, um diesen Vorschlag zu verwirklichen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern**

13. Abgeordnete  
**Frau**  
**Will-Feld**  
(CDU/CSU)      Sind der Bundesregierung über die von ihr in der Antwort auf die Fragen des Kollegen Schartz (Trier) – Plenarprotokoll 8/23 (Nachtrag) der 23. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 21. April 1977, Seiten 1608 bis 1609 – genannten Standorte von Kernkraftwerken im Länderdreieck Bundesrepublik Deutschland-Frankreich-Luxemburg hinaus auf deutscher Seite für den gesamten Verlauf der Mosel weitere mögliche oder bereits geplante Standorte für Kernkraftwerke bekannt, und wie beurteilt die Bundesregierung die Standortplanung von Kernkraftwerken im Moselgebiet grundsätzlich und ins-besondere unter dem Aspekt der Umweltbelastung im Moseltal und für die ökologischen Auswirkungen für den Weinanbau in diesem Gebiet?
14. Abgeordnete  
**Frau**  
**Will-Feld**  
(CDU/CSU)      Wann ist die Bundesregierung in der Lage, den in ihrer Antwort angekündigten Entwurf für Rege-lungen, die eine übermäßige Belastung der Mosel ver-meiden sollen, den Betroffenen und Interessenten zur Kenntnis zu bringen?

15. Abgeordneter  
**Dr.  
Zimmermann**  
(CDU/CSU)
- Hat der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Dr. Hartkopf, mit seinen Erklärungen, Berlin sei „ein Bundesland der Bundesrepublik Deutschland“ sowie, die Bundesorgane seien verfassungsrechtlich gehalten, Berlin voll und ganz als Land der Bundesrepublik Deutschland zu behandeln, soweit die Vorbehalte der Westmächte nicht berührt seien, die Auffassung der Bundesregierung zutreffend wiedergegeben, und werden insbesondere die Mitglieder des Kabinetts einschließlich des Bundeskanzlers auch bei ihren öffentlichen Äußerungen diese Position einnehmen?
16. Abgeordneter  
**Wolfgramm**  
(Göttingen)  
(FDP)
- Wie hat sich die Gewässergüte im Jahr 1976 im Vergleich zu der im Jahr 1974 entwickelt?
17. Abgeordneter  
**Wolfgramm**  
(Göttingen)  
(FDP)
- In welchen stehenden oder fließenden Gewässern hat sich die Wassergüte verbessert, und wo hat sie sich verschlechtert?
18. Abgeordneter  
**Regenspurger**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt der Bundesinnenminister die Haushalts- und Stellenplanrisiken, wenn die Erweiterung der Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung für Beamte eingeführt wird und die Teilzeitbeschäftigten — z. B. in Rezessionszeiten — wieder in die Vollbeschäftigung drängen würden?
19. Abgeordneter  
**Regenspurger**  
(CDU/CSU)
- Soll die erweiterte Teilzeitbeschäftigung jedem Beamten — unabhängig von der Funktion — zugutekommen, d. h. soll es auch den teilzeitbeschäftigten beamteten Staatssekretär geben?
20. Abgeordneter  
**Burger**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung des Regionalverbands Südlicher Oberrhein der Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V., Jodidtabletten schon vor einem möglicherweise eintretenden Katastrophenalarm an die Bevölkerung auszuteilen?
21. Abgeordnete  
**Frau  
Dr. Neumeister**  
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die nur bis zum 31. Dezember 1977 limitierte Entschädigungsmöglichkeit für bis zu 80 Mehr-Arbeitsstunden im Monat für Beamte über den 1. Januar 1978 hinaus wenigstens für den Bereich der Hochschulkliniken verlängert werden muß, da die geleistete Mehrarbeit insbesondere in den operativen Fächern der Medizin nach wie vor nicht in dem wünschenswerten Umfang durch Freizeit abgegolten werden kann, und wenn ja, wird sie entsprechende Maßnahmen ergreifen?
22. Abgeordnete  
**Frau  
Dr. Neumeister**  
(CDU/CSU)
- Bis zu welchem Zeitpunkt strebt die Bundesregierung eine Angleichung der Mehrarbeitsstundensätze für Beamte an die vergleichbaren Überstundensätze für Angestellte im öffentlichen Dienst an, nachdem auch der jetzt vorgelegte Entwurf eines Sechsten Bundesbesoldungserhöhungsgesetzes erneut zeigt, daß die Beamtenbesoldung im übrigen der Steigerung der durch Tarifverhandlungen festgelegten Angestelltenvergütungen im öffentlichen Dienst der Höhe und dem Streitwert nach exakt folgt?

23. Abgeordneter  
**Prangenberg**  
(CDU/CSU)
- Worauf ist es zurückzuführen, daß dem § 16 des Ende 1973 vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Arbeitssicherheitsgesetzes, das alle Arbeitgeber verpflichtet, einen den Grundsätzen des Arbeitssicherheitsgesetzes gleichwertigen arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz zu gewähren, für den Bereich des öffentlichen Dienstes nach 2 1/2 Jahren seit Inkrafttreten des Arbeitssicherheitsgesetzes noch immer nicht entsprochen ist, obwohl das Arbeitssicherheitsgesetz für den Bereich der Wirtschaft bereits vollzogen ist, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit ein entsprechender Richtlinienentwurf nunmehr baldmöglichst in Kraft treten kann?
24. Abgeordneter  
**Dr. Schmitt-Vockenhausen**  
(SPD)
- Welche konkreten Prüfungen hat die Bundesregierung entsprechend dem Bericht über die Auswirkungen neuer Gesetze auf den Arbeits- und Personalaufwand im öffentlichen Dienst vom 3. Mai 1977 vorgesehen?
25. Abgeordneter  
**Dr. Klein**  
(Göttingen)  
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die vor wenigen Tagen in einem Gespräch mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Burkhard Hirsch, geäußerte Forderung, daß der Gesetzgeber tätig und von der Bundesregierung der Entwurf eines Presserechtsrahmengesetzes dem Deutschen Bundestag vorgelegt werden müsse, „wenn nicht binnen eines Jahrs die tarifvertragliche Regelung zwischen Verleger- und Journalistenverbänden zustandekomme“?
26. Abgeordneter  
**Dr. Klein**  
(Göttingen)  
(CDU/CSU)
- Ist mit dieser Forderung des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen der von Bundeskanzler Schmidt in seiner Regierungserklärung vom 16. Dezember 1976 vorgegebene Terminplan, wonach etwa bis zur Mitte der Wahlperiode der Entwurf eines Presserechtsrahmengesetzes für den Fall, daß sich die Tarifpartner nicht einigen, vorgelegt werden sollte, hinfällig geworden, und ist nun von neuen Fristen auszugehen?
27. Abgeordneter  
**Dr. Laufs**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Vermarktbarkeit der Endprodukte aus der Abfallverwertung, wie sie im Bundesmodell und den öffentlich geförderten Klärschlammaufbereitungsverfahren in großem Umfang angestrebt wird?
28. Abgeordneter  
**Möhring**  
(SPD)
- Wird die Bundesregierung, falls sich die Vermutung bestätigt, daß das am 2. Juni 1977 in der Nähe von Soltau registrierte Beben auf eingestürzte Salzstöcke zurückzuführen ist, die von der niedersächsischen Landesregierung beabsichtigte Endlagerung von Atommüll in einem Salzstock bei Gorleben, Kreis Lüchow-Dannenberg, einer zusätzlichen kritischen Prüfung unterziehen, nachdem auch der Leiter der Erdbebenstation der Universität Köln, Dr. Ahorner, Bedenken in dieser Richtung geäußert hat?
29. Abgeordneter  
**Möhring**  
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung für möglich, daß aus diesem Grund die endgültige Genehmigung der Endlagerstätte Gorleben versagt werden muß?

30. Abgeordneter  
**Dr. Kunz**  
(Weiden)  
(CDU/CSU) Von welcher „zumutbaren Belastung“ der Beamtengehälter und -pensionen mit Beiträgen für eine nach Gewährung der Beihilfe notwendige restkostendeckende Krankenversicherung geht die Bundesregierung bei den die beamtenrechtliche Krankenfürsorge regelnden Beihilfavorschriften aus?
31. Abgeordneter  
**Dr. Kunz**  
(Weiden)  
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung diese vom Bundesverwaltungsgericht in ständiger Rechtsprechung erwähnte „zumutbare Belastung“ auch dann noch für gegeben, wenn diese Belastung durch die private Restkostenversicherung bei den Empfängern kleiner und kleinster Beamtenpensionen bis zu 20 % oder sogar 25 % ihrer Bezüge ausmacht?
32. Abgeordneter  
**Dr. Möller**  
(CDU/CSU) Wieviel Schutzplätze stehen für die Zivilbevölkerung nach Erkenntnis der Bundesregierung in den Ländern Schweden, Dänemark, Niederlande, Frankreich, Schweiz, DDR und UdSSR zur Verfügung?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz**

33. Abgeordneter  
**Dr. Hüsch**  
(CDU/CSU) Zieht die Bundesregierung eine Novellierung der Mietgesetzgebung mit dem Inhalt in Erwägung, die Kündigungsfristen bei langandauernden Mietverhältnissen zugunsten der Mieter und in Abweichung von dem Prinzip der Gleichwertigkeit der Kündigungsfristen abzukürzen?
34. Abgeordneter  
**Löffler**  
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Bürger aus der DDR in Gefängnissen der Bundesrepublik Deutschland einsitzen?
35. Abgeordneter  
**Löffler**  
(SPD) Sind der Bundesregierung die Gründe für die Festnahmen bekannt?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen**

36. Abgeordneter  
**Dr. Häfele**  
(CDU/CSU) Mit welchen Staaten wird über eine Revision des jeweiligen Doppelbesteuerungsabkommens als Folge der Körperschaftsteuerreform verhandelt, und wie ist der Stand und die Zeitplanung dieser Verhandlungen?
37. Abgeordneter  
**Dr. Häfele**  
(CDU/CSU) Mit welchen Staaten wird noch über sonstige Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung verhandelt (z. B. Erbschaftsteuerabkommen Schweiz), und wie ist der Stand und die Zeitplanung dieser Verhandlungen?
38. Abgeordneter  
**Prangenberg**  
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß im Geldüberweisungsverkehr insbesondere bei Bausparguthaben, Darlehnsvaluta usw. Zeitspannen bis zu zehn Tagen üblich sind, bevor diese Beträge gutgeschrieben werden, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um diesen überlangen Zeitspannen im Geldüberweisungsverkehr im Interesse der Verbraucher zu verringern?

39. Abgeordneter  
**Niegel**  
(CDU/CSU)
- Wie wurden im einzelnen die finanziellen Auswirkungen einer Abschaffung der Mietwertbesteuerung, die auf meine Anfragen (38 und 39 in Drucksache 8/285 und Anlage 85 im Stenographischen Bericht über die 23. Sitzung sowie Anfrage A 39 und Anfrage A 40 in Drucksache 8/357 und Anlage 4 im Stenographischen Bericht über die 27. Sitzung) auf über 500 Millionen DM beziffert wurden, ermittelt, und welche Annahmen liegen diesen Ermittlungen zu Grunde?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft**

40. Abgeordnete  
**Frau**  
**Dr. Walz**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die in der Presse (Frankfurter Rundschau 97 vom 27. April 1977) erschienenen Untersuchungsergebnisse eines Wissenschaftlers des Energiekonzerns RWE, wonach der Wärmegehalt der Umweltluft als „vielleicht aussichtsreichste unkonventionelle Energiequelle“ bei den gegenwärtigen energiepolitischen Überlegungen zu wenig berücksichtigt wird?
41. Abgeordnete  
**Frau**  
**Dr. Walz**  
(CDU/CSU)
- Welche forschungspolitischen Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus dem in diesen Untersuchungen genannten Zahlen- und Datenmaterial zu ziehen, insbesondere aus dem dort erhobenen Vorwurf, daß die bisher bekanntgewordenen Studien und Prognosen „zu sehr von der Energieerzeugung und zu wenig von der Anwendung ausgehen“, sowie aus der getroffenen Feststellung, daß für die Nutzung von unkonventionellen Energiequellen in erheblichem Maß Energie aus konventionellen Quellen einschließlich der Kernenergie benötigt wird, so daß durch die Verhinderung von Kernkraftwerken möglicherweise auch die Nutzung der Sonnenenergie behindert und verzögert wird?
42. Abgeordneter  
**Dr. Steger**  
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Gründe, nach § 4a des Investitionszulagengesetzes Altöfen als Möglichkeit zu fördern, Energieeinsparung mit Umweltschutz Gesichtspunkten zu verbinden, und wenn ja, in welchem Umfang wurde von der Förderung Gebrauch gemacht, wenn nein, ist dies künftig, gegebenenfalls unter welchen Bedingungen, geplant?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

43. Abgeordneter  
**Dr. Schmitt-Vockenhausen**  
(SPD)
- Ist es richtig, daß die Finanzierung von EG-Maßnahmen im Bereich der Forstwirtschaft häufig daran scheitert, daß die Bundesländer nicht in der Lage sind, ihren Finanzierungsanteil bereitzustellen, und wie kann die Bundesregierung den Ländern in dieser Lage helfen?
44. Abgeordneter  
**Lenders**  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, ein Schulmilchprogramm mit einem Betrag von 25 % des Richtpreises für Milch zu fördern unter der Voraussetzung, daß die Europäische Gemeinschaft sich mit 50 % des Richtpreises beteiligt?



45. Abgeordneter  
**Dr. Jahn**  
(Braunschweig)  
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß, wenn der Gesetzgeber oder sie selbst der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft zusätzliche Aufgaben stellt, wie z. B. die Einbeziehung der Wachstumsregler in das Zulassungsverfahren, oder wenn die mit Umweltfragen befaßten Ministerien die obligatorische Zulassung von Pflanzenschutzgeräten und die intensivere Prüfung der Pflanzenbehandlungsmittel in ihrer Wirkung auf die Umwelt fordern, auch das notwendige Personal bereitgestellt werden muß?
46. Abgeordneter  
**Dr. Jahn**  
(Braunschweig)  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung nicht der Auffassung, daß die den Bundesforschungsanstalten, z. B. der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft, auferlegten administrativen Aufgaben unbedingt der begleitenden Forschung bedürfen, und daß nur durch die Forschung Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz oder zumindest praxisreife Maßnahmen zur Verminderung des Einsatzes chemischer Pflanzenschutzmittel entwickelt werden können?
47. Abgeordneter  
**Dr. Jahn**  
(Braunschweig)  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft infolge fehlenden Personals die vorrangigen Tätigkeiten für Prüfung und Zulassung von Pflanzenbehandlungsmitteln nicht aufgabengerecht und in erforderlichem Umfang durchführen kann, und ist sie gegebenenfalls bereit, dem Antrag für fünf Stellen für Wissenschaftler und neun Stellen für technisches Personal stattzugeben?
48. Abgeordneter  
**Pieroth**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung nicht auch der Auffassung, daß die Durchführung der Sortenprüfung bei Reben zwecks Eintragung in die Sortenliste des Bundesortenamts mit dem späteren Ziel der EWG-Rebsortenklassifizierung ein Aufgabengebiet ist, das große Bedeutung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland hat und eine besonders schwierige Tätigkeit darstellt, und wie ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, diese Aufgabe längerfristig zu lösen?
49. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD)
- Ist es richtig, daß 1976 442 025 Unternehmer der Land- und Forstwirtschaft, einschließlich des Wein-, Obst-, Gemüse- und Gartenbaus sowie der Teichwirtschaft und der Fischzucht bei der Landwirtschaftlichen Krankenkasse (LKK) beitragspflichtig versichert waren und laut „Materialband zum Agrarbericht 1977 der Bundesregierung“ es in der Bundesrepublik Deutschland im Wirtschaftsjahr 1975/76 jedoch noch 539 300 landwirtschaftliche Unternehmer bzw. landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe gab?
50. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD)
- Wie ist diese Zahlendifferenz von 97 275 zu erklären, bedeutet dies, daß 97 275 landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe in diesem Wirtschaftszeitraum aufgegeben wurden, oder daß ein sehr großer Teil dieser Betriebe keine Beiträge zur LKK entrichtet?
51. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD)
- Wie viele betrieblich vollbeschäftigte landwirtschaftliche Erwerbspersonen gibt es derzeit in der Bundesrepublik Deutschland?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
Arbeit und Sozialordnung**

52. Abgeordneter  
**Schluckebier**  
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, den schwerbehinderten Besuchern aus der DDR den Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland dadurch zu erleichtern, daß sie den Dienstleistungsbetrieben in der Bundesrepublik Deutschland die rechtliche Möglichkeit gibt, in der DDR ausgestellte Schwerbeschädigten- und Schwerbehindertenausweise anzuerkennen?
53. Abgeordneter  
**Glos**  
(CDU/CSU)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Zahl der jährlich „schwarz“ geleisteten Arbeitsstunden, und gegen wie viele Personen wurden bislang Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen „Schwarzarbeit“ eingeleitet bzw. rechtskräftig abgeschlossen?
54. Abgeordneter  
**Glos**  
(CDU/CSU)
- Wie viele Arbeitslose könnten nach Ansicht der Bundesregierung einen Arbeitsplatz finden, wenn es gelänge, die „Schwarzarbeit“ vollkommen zu verhindern?
55. Abgeordneter  
**Glos**  
(CDU/CSU)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung den jährlichen Umsatz im Rahmen der „Schwarzarbeit“, und wie hoch sind die aus der „Schwarzarbeit“ resultierenden jährlichen Einbußen an Lohnsteuer und an Sozialversicherungsbeiträgen?
56. Abgeordneter  
**Glos**  
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die in der Presse geäußerte Meinung, daß die Gerichte bei Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen „Schwarzarbeit“ zu großzügig verfahren, und was gedenkt die Bundesregierung bejahendenfalls etwa durch schärfere gesetzliche Vorschriften dagegen zu tun?
57. Abgeordneter  
**Kroll-Schlüter**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Erfahrungen mit dem Jugendarbeitsschutzgesetz vom 12. April 1976, und ist sie der Auffassung, daß die gemäß § 21 Abs. 3 dieses Gesetzes mit Zustimmung des Bundesrats möglichen Ausnahmeregelungen durch Rechtsverordnungen dem Anliegen spezieller Berufszweige, wie z. B. dem Bäckerhandwerk, Gaststättengewerbe, Molkereibetrieben, der Landwirtschaft und dem Bergbau hinreichend Rechnung tragen, oder hält die Bundesregierung es für angebracht, eine Novellierung des Gesetzes vorzunehmen?
58. Abgeordneter  
**Kroll-Schlüter**  
(CDU/CSU)
- Wieviel Anträge bzw. Eingaben auf Ausnahmeregelungen gemäß § 21 Abs. 3 des Jugendarbeitsschutzgesetzes sind dem Bundesarbeitsminister zugeleitet worden, und von welchen Berufsgruppen, -organisationen und Verbänden rühren sie her?
59. Abgeordneter  
**Stutzer**  
(CDU/CSU)
- Erfolgte in der Wirtschaftswoche Nr. 23 eine korrekte Veröffentlichung des Interviews mit Bundesarbeitsminister Dr. Ehrenberg, und wenn ja, warum stellt in diesem Interview der Bundesminister mit der Aussage, daß in allen anderen Staaten die Arbeitslosenzahlen höher sind als bei uns eine Behauptung auf, die im Widerspruch zu den auch von der Bundesregierung veröffentlichten Statistiken steht?

60. Abgeordneter  
**Stutzer**  
(CDU/CSU)
- Entspricht eine Meldung des Handelsblatts vom 25. Mai 1977 den Tatsachen, daß das Kabinett am 25. Mai 1977 eine Verstärkung der Vermittlungs- und Beratertätigkeit der Bundesanstalt für Arbeit durch Erhöhung der Zahl der Planstellen für Vermittlung von 1 000 und für die Beratung um 600 abschließend beraten hat, deren Mehrkosten auf 12 Millionen DM veranschlagt werden, und wenn ja, war das dem Bundesarbeitsminister am 26. Mai 1977 noch nicht bekannt, oder aus welchen Gründen hat er hierauf in seiner Antwort auf meine Fragen B 54 und B 55 (Plenarprotokoll 8/30, Seite 2210) nicht hingewiesen?
61. Abgeordneter  
**Schmidt**  
(Kempten)  
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die im Jahresbericht der Vereinigung der Technischen Überwachungsvereine erfolgte Feststellung, daß nur jedes dritte Röntgengerät in den Krankenhäusern und Arztpraxen voll in Ordnung ist, während zwei von drei Geräten mehr oder weniger große Fehler mit zum Teil schädlichen Auswirkungen aufweisen, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung auf Grund der angesprochenen Tatsache zu ergreifen, um einmal die berechtigte Sorge der von Röntgenuntersuchungen Betroffenen bezüglich einer möglichen Schädigung abzubauen und zum anderen generell die Sicherheit vor unkontrollierten Strahlungsentwicklungen im Zusammenhang mit Röntgengeräten zu unterbinden?
62. Abgeordneter  
**Franke**  
(CDU/CSU)
- Von welchen Annahmen über die Höhe und Entwicklung der Bruttolohn- und -gehaltssumme, der Bruttolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten sowie der Zahl der Arbeitslosen geht die Bundesregierung bei der Bemessung ihrer Einnahmeerwartung bei der Rentenversicherung für die Jahre 1977, 1978, 1979 und 1980 aus?
63. Abgeordneter  
**Franke**  
(CDU/CSU)
- Von welchem Zeitpunkt stammen diese Schätzungen, und liegen der Bundesregierung neuere wirtschaftliche Annahmen vor?
64. Abgeordneter  
**Dr. Schöfberger**  
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung verschiedener DGB-Landesbezirke, der Bundeskonferenzen der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen und namhafter Arbeitsrichter, wonach das geltende Kündigungsschutzgesetz sein Ziel, vertragstreue Arbeitnehmer vor dem Verlust des Arbeitsplatzes zu schützen — auch nach der Einführung des beschränkten Widerspruchsrecht des Betriebsrats gem. § 102 des Betriebsverfassungsgesetzes — nur sehr unvollkommen erreicht, und erscheint der Bundesregierung eine Reform des Kündigungsschutzgesetzes zumindest in der Weise geboten, daß ein Arbeitnehmer mindestens solange weiterzubeschäftigen ist, bis das Arbeitsgericht in erster Instanz die Rechtmäßigkeit der Kündigung festgestellt hat?
65. Abgeordneter  
**Schreiber**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß Arbeitnehmer bei aktueller Konkursgefahr für die sie beschäftigenden Unternehmen ihre Ansprüche auf Konkursausfallgeld z. B. an die Hausbank der betreffenden Unternehmen abtreten, die Banken ihre rückwirkenden oder für höchstens drei weitere Monate bestehenden Lohnforderungen übernehmen und damit eine Betriebsweiterführung

- ermöglichen, wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diese Form der Anwendung des Konkursausfallgelds unter Berücksichtigung der ursprünglichen Zielsetzung dieses Gesetzes, und beabsichtigt sie gegebenenfalls, eine Gesetzesänderung vorzuschlagen?
66. Abgeordneter  
**Dr. Steger**  
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung den letzten TÜV-Jahresbericht bezüglich der Einhaltung der Strahlenschutzeinrichtungen im Gesundheitsbereich, und welche Maßnahmen will sie zum Abstellen der erheblichen Mängel ergreifen?
67. Abgeordneter  
**Gerlach**  
(Oberna)  
(CDU/CDU) Wie vereinbart die Bundesregierung die vom Bundesarbeitsminister propagierte sog. Arbeitsmarktabgabe für Beamte mit dem verfassungsmäßig garantierten Beamtenstatus und dem Gleichbehandlungsgrundsatz des Artikels 3 des Grundgesetzes, der einer derartigen Sondersteuer entgegensteht, und wird sie auf Grund der Verfassungsrechtslage in Zukunft unterbinden, daß ihre Mitglieder trotz Kenntnis der verfassungsrechtlichen Bedenken derartige Vorhaben weiterverfolgen?
68. Abgeordneter  
**Dr. Köhler**  
(Duisburg)  
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung einen Überblick darüber, wie sich die Zahl der Beschäftigten, aufgegliedert nach Wirtschaftsunternehmen unterschiedlicher Betriebsgrößenklassen, bis in jüngste Zeit entwickelt hat, und was gedenkt sie für den Fall zu tun, daß neuere Erkenntnisse über diese Entwicklung nicht vorliegen?
69. Abgeordneter  
**Cronenberg**  
(FDP) Gibt es deutsche Staatsbürger, die Rentenansprüche an die italienische Rentenversicherung haben und trotz Feststellungsbescheid durch die italienische Regierung noch keine Rentenzahlungen erhalten haben?
70. Abgeordneter  
**Cronenberg**  
(FDP) Wieviel durch die italienische Regierung unerledigte Fälle dieser Art sind der Bundesregierung bekannt, und hält es die Bundesregierung für möglich, im Zusammenhang mit den gelegentlichen Kreditverhandlungen, diesen Fragenkomplex aufzugreifen?

### Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

71. Abgeordneter  
**Biehle**  
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, wonach eine zweite deutsche Firma einen Panzerabwehrhubschrauber „Fledermaus“ vorgestellt hat, der auch schlechtwetter- und nachflugtauglich sei, und wie vereinbart sich dies mit der Vorlage des Bundesministers Leber vom 18. April 1977 an den Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages, wonach es zu dem PAH 1 „Bo 105“ keine Alternative gebe, da u. a. die volle Nachtflugfähigkeit frühestens Mitte der 80iger Jahre serienreif erfüllt werden könne?
72. Abgeordneter  
**Biehle**  
(CDU/CSU) Ist die Entwicklung des nun bekanntgewordenen weiteren Panzerabwehrhubschraubers VFW-Fokker „Fledermaus“ mit Bundesmitteln mit Zustimmung oder zumindest mit stillschweigendem Wissen der Bundesregierung erfolgt, und warum ist der Verteidigungsausschuß über diese Entwicklung nicht informiert worden, oder gab es darüber Absprachen mit den beteiligten Firmen?

73. Abgeordneter  
**Handlos**  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Zeitsoldaten der Bundeswehr nach Beendigung ihrer Dienstzeit keinen Arbeitsplatz gefunden haben und ob Wechselbeziehungen bei den arbeitslosen Soldaten zur Dauer der Dienstzeit und zu dem erreichten Dienstgrad festzustellen sind?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit**

74. Abgeordnete  
**Frau  
Schleicher**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Abnahme der Zahl besonders kinderreicher Familien, wie sie auch im Zurückgehen der Patenschaften des Bundespräsidenten seit 1970 um fast zwei Drittel zum Ausdruck kommt, und zu welchen Maßnahmen gibt diese Entwicklung Anlaß?
75. Abgeordneter  
**Wolfram  
(Recklinghausen)**  
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, das Berufsbild des Logopäden gesetzlich zu fixieren, um die Ausbildung in Form eines 6-semesterigen Studiums bundeseinheitlich zu regeln und den Schutz der Berufsbezeichnung zu gewährleisten?
76. Abgeordneter  
**Wolfram  
(Recklinghausen)**  
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die Ausbildungsplätze für Logopäden zu vermehren, wobei in erster Linie eine Ausweitung der vorhandenen Ausbildungsplätze für Logopäden in Frage kommt?
77. Abgeordneter  
**Dr. Wittmann  
(München)**  
(CDU/CSU)
- Welche Zuschüsse gewährt der Bund zur Erstellung von Altenheimpflegeplätzen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen**

78. Abgeordneter  
**Ey**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, zur Minderung der Unfallgefahr im ländlichen Straßenverkehr den schnellfließenden und langsamfließenden Verkehr durch farblich unterschiedliche Brems- und Rücklichter besser erkennbar und damit sicherer zu machen, besonders zur Verhinderung von Auffahrunfällen?
79. Abgeordneter  
**Dr. Köhler  
(Duisburg)**  
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß es in den während der Nacht verkehrenden Zügen der Deutschen Bundesbahn in letzter Zeit wiederholt zu Belästigungen alleinreisender weiblicher Fahrgäste gekommen ist, und wenn ja, was denkt die Bundesregierung zu tun, um die Sicherheit der Fahrgäste zu gewährleisten?
80. Abgeordneter  
**Seiters**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, der mittelständischen Wirtschaft, in Sonderheit angesichts ihrer besonders schwierigen Wettbewerbslage der deutschen Binnenschifffahrt, zweckgebundene steuerfreie Investitionsrücklagen, gegebenenfalls auch zeitlich begrenzte, zu gewähren bzw. die Gewerbesteuer dahin zu ändern, daß Kredite nicht dem Kapital und die Dauerschuldzinsen nicht dem Ertrag zugerechnet werden, und wie begründet die Bundesregierung ihre Haltung?

81. Abgeordneter  
**Seiters**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, den Schlüssel zur Gewährung von ERP-Mitteln dahin zu ändern, daß bei der Frage der Förderungswürdigkeit von Schiffen nicht nur das Alter, sondern auch durchgeführte technische Verbesserungen und Rationalisierungsmaßnahmen berücksichtigt werden?
82. Abgeordneter  
**Seiters**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, das Gesetz über den gewerblichen Binnenschiffsverkehr in § 5 Abs. 2 in allen seinen Teilen auf Werkverkehrsunternehmen anzuwenden, die zugleich gewerbliche Transporte ausführen, und wie begründet die Bundesregierung ihre Haltung?
83. Abgeordneter  
**Seiters**  
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Konkurrenzkampf der Deutschen Bundesbahn gegen die Binnenschiffahrt gerade in jüngster Zeit die Situation der Binnenschiffer verschärft hat, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, der mittelständischen Binnenschiffahrt entgegenzukommen?
84. Abgeordneter  
**Dr. Schmitt-Vockenhausen**  
(SPD)
- Welches sind die Themen des Forschungsvorhabens, das als ergänzende Trassenstudie über die Verknüpfung der geplanten Neubaustrecke Köln – Groß-Gerau mit dem vorhandenen Schienennetz im Rhein-Main-Gebiet mit einer Weiterführung bis Mannheim durchgeführt wird, und wann werden Ergebnisse vorliegen?
85. Abgeordneter  
**Pfeffermann**  
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung die Feststellung des ADAC bestätigen, wonach mehr als die Hälfte aller Toiletten in Raststätten und Tankstellen an deutschen Autobahnen in einem Zustand sind, der bedenklich für die Gesundheit der Benutzer ist, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diesen Zustand zu verändern?
86. Abgeordneter  
**Dr. Reimers**  
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, in Hamburg-Bergedorf einen Halt der Interzonen- und Berlinzüge einzurichten, um für die Bewohner des Einzugsgebiets von Bergedorf (ca. 100 000) einen erheblichen Zeit- und Kostenaufwand zu vermeiden?
87. Abgeordneter  
**Dr. Jobst**  
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Überlegungen angestellt werden, das Bundesbahnbetriebsamt Schwandorf nach Weiden zu verlegen, und gegebenenfalls welche Gründe sprechen dafür, dieses Betriebsamt aus dem Schwerpunkt des betrieblichen und verkehrlichen Geschehens seines Bezirks wegzuverlegen?
88. Abgeordneter  
**Dr. Jobst**  
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen soll entgegen den bisherigen Planungen die vereinigte Nachrichtenmeisterei im Bereich des Bundesbahnbetriebsamts Schwandorf jetzt nicht mehr in Schwandorf sondern in Weiden eingerichtet werden?
89. Abgeordneter  
**Immer**  
(Altenkirchen)  
(SPD)
- Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, die Bundesstraße 256 ab Ortseinfahrt Straßenhaus bis Ortsausgang Rengsdorf als Umgehungsstraße auszubauen, und wann ist mit einem solchen Ausbau zu rechnen?

90. Abgeordneter  
**Immer**  
(**Altenkirchen**)  
(SPD)
- Bestätigt die Bundesregierung Meldungen aus dem Land Rheinland-Pfalz, wonach der Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr die Bundesstraße 256 im Raum Straßenhaus-Rengsdorf in die höchste Dringlichkeitsstufe aufstufen will, und ist die Bundesregierung bereit, einer solchen Aufstufung zuzustimmen?
91. Abgeordneter  
**Immer**  
(**Altenkirchen**)  
(SPD)
- Billigt die Bundesregierung, daß die Straßenmeistereien im nördlichen Teil des Landes Rheinland-Pfalz (u. a. auf den Bundesstraßen 8, 62, 256, 414) die durchgezogenen Mittelstreifen in unübersichtlichen Kurven, die das Verbot eines Fahrbahnwechsels deutlich machen sollen, durch Umfärbungen unterbrechen, wodurch die Verkehrssicherheit, belegt durch zunehmende Unfälle, erheblich herabgesetzt wird, und wenn nein, wird sie entsprechende Schritte unternehmen?
92. Abgeordneter  
**Erhard**  
(**Bad Schwalbach**)  
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der Kreisausschuß des Kreises Limburg-Weilburg den Bundesverkehrsminister persönlich im März und April 1977 zweimal schriftlich um ein Gespräch mit dem Landrat, dem DGB-Kreisvorsitzenden und dem IHK-Kreisgeschäftsführer wegen der Elektrifizierung der Bundesbahnstrecke Limburg-Niedernhausen gebeten hat und dies beide Male durch Antwortschreiben eines Fachreferenten im Namen des Bundesministers abgelehnt worden ist?
93. Abgeordneter  
**Erhard**  
(**Bad Schwalbach**)  
(CDU/CSU)
- Trifft es ferner zu, daß ebenfalls im April 1977 der SPD-Unterbezirksvorstand Limburg-Weilburg den Bundesverkehrsminister in der gleichen Sache um ein Gespräch gebeten und er zusammen mit seinem Parlamentarischen Staatssekretär die SPD-Vertreter in Bonn empfangen hat, und wenn ja, billigt die Bundesregierung diese Bevorzugung örtlicher SPD-Funktionäre vor den gewählten und bestellten Repräsentanten der gesamten Kreisbevölkerung, der Arbeitnehmerschaft und der Wirtschaft durch den Bundesverkehrsminister?
94. Abgeordneter  
**Dr. Laufs**  
(CDU/CSU)
- Welche Kosten entstünden bei der Einführung von Lastkraftwagen in den Bundesunternehmen Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost, deren Schallemissionen durch die Verkapselung der Motoren eingedämmt sind, und wären nach Auffassung der Bundesregierung die dafür erforderlichen Investitionen sinnvoll?
95. Abgeordneter  
**Dr. Kraske**  
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß am 23. Mai in Drevenack/Kreis Wesel ein Munitionstransporter der britischen Rheinarmee in Brand geraten ist und eine schwere Explosionskatastrophe nur durch das rechtzeitige Eingreifen der örtlichen Feuerwehr verhindert werden konnte, weil die Besatzung des Lkw über keinerlei eigene Feuerlöschmittel verfügte?
96. Abgeordneter  
**Dr. Kraske**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, gegebenenfalls darauf hinzuwirken, daß Munitionstransporte von NATO-Einheiten auf deutschen Straßen nur noch zugelassen werden, wenn die auch für deutsche Fahrzeuge geltenden Vorschriften für die Ausrüstung mit Feuerlöschgeräten erfüllt sind?

97. Abgeordneter  
**Spranger**  
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß zur Vermeidung eines unwirtschaftlichen und zeitaufwendigen nachträglichen Ausbaus sogleich mit dem Bau der zweiten Fahrbahn der Bundesautobahn Würzburg—Ulm auf der Strecke Biebelried—Gollhofen begonnen werden sollte, und ist die Bundesregierung bereit, einem entsprechenden Antrag des bayerischen Innenministeriums stattzugeben?
98. Abgeordneter  
**Pieroth**  
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß das Wasser- und Schiffsamt in Bingen im Rahmen der gesamten Neuorganisation der Wasserstraßenverwaltung eine Auflösung oder Umorganisation erfahren soll?
99. Abgeordneter  
**Dr. Hennig**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die rechtliche Verbindlichkeit der Geschwindigkeitsbegrenzungen mit dem Zusatzschild „Bei Nässe“, nachdem das Oberlandesgericht Celle und das Bayerische Oberste Landesgericht gegensätzliche Urteile hierzu erlassen haben, und wird sie gegebenenfalls für eine gesetzgeberische Klarstellung sorgen?
100. Abgeordneter  
**Dr. Lauritzen**  
(SPD)
- Wann ist auf deutscher Seite mit einer Entscheidung über den Bau des geplanten Anschlußdeichs bis zum Hindenburgdamm nach Sylt zu rechnen, nachdem das dänische Parlament den Bau eines neuen vorgeschobenen Deichs zwischen dem Emmerleff-Kliff und der deutschen Grenze vor der Westküste Nord-schleswigs einstimmig beschlossen hat?
101. Abgeordneter  
**Dr. Lauritzen**  
(SPD)
- Wie ist der derzeitige Stand der Verhandlungen über ein entsprechendes Regierungsabkommen mit der dänischen Regierung?
102. Abgeordneter  
**Dr. Schwörer**  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung eine Untersuchung des Münchener IFO-Instituts für Wirtschaftsforschung bekannt, wonach der Anteil deutscher Güterkraftverkehrsunternehmen beim grenzüberschreitenden Verkehr im Vergleich zur ausländischen Konkurrenz auf Grund ungleicher Wettbewerbsbedingungen bis 1976 bereits unter 30 % geschrumpft ist, und wenn dies zutrifft, ist die Bundesregierung bereit, die Wettbewerbsposition der deutschen Unternehmen durch steuerliche Gleichbehandlung sowie durch den Abbau kostenwirksamer technischer Vorschriften zu verbessern, und sieht die Bundesregierung nicht die Notwendigkeit auf europäischer Ebene, mit dem Ziel der Harmonisierung initiativ zu werden?
103. Abgeordnete  
**Frau  
Dr. Walz**  
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung von vielen Familienpolitikern, daß die Erhöhung der Preise für Schülermonatskarten durch die Deutsche Bundesbahn zum 1. Mai 1977 und die gleichzeitige Abschaffung der sog. Geschwisterermäßigung vor allem die sozial schwachen und darüber hinaus insbesondere die kinderreichen Familien finanziell trifft, und welche neuen Möglichkeiten hat die Bundesregierung geschaffen, und welche alten Maßnahmen der Fahrgeldrückerstattung für Schüler sind erhalten geblieben, damit die durch die Erhöhung der Preise für Schülermonatskarten und die Abschaffung der Geschwisterermäßigung besonders betroffenen kinderreichen Familien die entstandenen finanziellen Einbußen wenigstens zum Teil ausgleichen können?



104. Abgeordnete  
**Frau  
Dr. Walz**  
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Meinung der meisten Familienpolitiker, daß sich durch solche Preiserhöhungen und Einsparungsmaßnahmen der Deutschen Bundesbahn gerade die Mehr-Kinder-Familien bestraft fühlen müssen und daß auf diese Weise die Kinderfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland noch weiter zunehmen muß?
105. Abgeordneter  
**Böhm**  
(Melsungen)  
(CDU/CSU)
- Welche langfristigen Möglichkeiten zur Sicherung des Kalitransports aus dem Bereich des Werratal, Kreis Hersfeld/Rotenburg, zum Streckennetz der Deutschen Bundesbahn sieht die Bundesregierung unter Einbeziehung des Gesichtspunkts, daß zur Zeit ein großer Teil des Kalitransports von Heringen, Kreis Hersfeld/Rotenburg, über Gerstungen in der DDR nach Bebra erfolgen muß?
106. Abgeordneter  
**Milz**  
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen zu (z. B. Die Welt vom 9. Mai 1977), wonach die Deutsche Bundespost beabsichtigt, zukünftig in Orten, die weniger als 200 Einwohner haben, keine öffentlichen Fernsprechkabellen mehr aufzustellen, da dies aus wirtschaftlichen Gründen nicht rentabel sei?
107. Abgeordneter  
**Milz**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung in der Lage, wenn diese Maßnahmen verwirklicht werden sollten, ihrer Sozialpflicht nachzukommen und den Schutz und die Fürsorge für das menschliche Leben des Bürgers im Sinne des Grundgesetzes zu gewährleisten, zumal durch dieses Vorhaben ein Großteil der kleinen Orte und Weiler sowie überhaupt der gesamte ländliche Raum betroffen ist?
108. Abgeordnete  
**Frau  
Simonis**  
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung bereits Informationen über das Streckennetz vor, das bevorzugt von den privaten Paketdiensten bedient wird, und welche Maßnahme gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um nicht im Verlauf eines ungleichen Konkurrenzkampfes nach einer gewissen Zeit nur noch die unrentablen Räume im Paketdienst zu bedienen?
109. Abgeordneter  
**Pfeffermann**  
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen zu, wonach der Bundesverkehrsminister bereit sein soll, die Pauschalzahlungen an die DDR-Post von 30 Millionen auf 65 Millionen DM zu erhöhen, und welche Berechnungen liegen gegebenenfalls dieser Bereitschaft zugrunde?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

110. Abgeordneter  
**Ey**  
(CDU/CSU)
- Wie ist die kritische Aufforderung des Bundeskanzlers vor der Baubranche zu verstehen, „endlich Schluß zu machen mit der Investitionsunlust“ angesichts der finanziell zwar gesicherten, verwaltemäßig aber nicht genutzten bzw. nicht ausgeschöpften Möglichkeiten der von der öffentlichen Hand geplanten Baumaßnahmen des vergangenen und des gegenwärtigen Jahrs?

111. Abgeordneter  
**Engelhard**  
(FDP)
- Liegen der Bundesregierung schon erste Informationen darüber vor, ob und in welchem Umfang die Gemeinden nach § 2 a Abs. 3 des novellierten Bundesbaugesetzes vom 18. August 1976 bereits Satzungen erlassen haben, um die vom Gesetzgeber gewünschte intensivere Bürgerbeteiligung an der Bauleitplanung in der Praxis sicherzustellen?
112. Abgeordneter  
**Scheffler**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Förderung der Modernisierung von Wohnungen erst zum Herbst 1977 abgeschlossen und wegen der dann einsetzenden Schlechtwetterzeit der u. a. beabsichtigte belebende Einfluß auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt verhindert wird?
113. Abgeordneter  
**Scheffler**  
(SPD)
- Welche Gründe haben zu dem übermäßig langen Zeitraum für die Erarbeitung der Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Förderung der Modernisierung von Wohnungen geführt, und mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung die Vorgänge beschleunigen?
114. Abgeordneter  
**Schmitz**  
(Baesweiler)  
(CDU/CSU)
- In welcher Anzahl und in welcher Höhe wird im Jahr 1977 der Bau von Eigenheimen in Nordrhein-Westfalen und im Kreise Aachen gefördert?
115. Abgeordneter  
**Schmitz**  
(Baesweiler)  
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist der Anteil der Eigenheime bzw. Eigentumswohnungen am gesamten Wohnungsbau und wieviel werden 1977 aus dem sozialen Wohnungsbau davon gefördert?
116. Abgeordneter  
**Spranger**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, das Bundesraumordnungsprogramm in kleinere Gebietseinheiten aufzuteilen, um die Nivellierung von strukturschwachen Gebieten wie Westmittelfranken durch Aufrechnung mit strukturstarken Räumen in den jetzigen Gebietseinheiten zu beseitigen, oder was wird die Bundesregierung sonst tun, die Strukturschwäche Westmittelfrankens durch zusätzliche Förderungen zu beheben?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen**

117. Abgeordneter  
**Dr. Czaja**  
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die DDR zahlreichen verurteilten Fluchthelfern aus der Bundesrepublik Deutschland die DDR-Staatsangehörigkeit aufgezwungen hat, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zur Abwehr dieses schweren Verstoßes gegen das allgemeine Völkerrecht und gegen diese Verhinderung des Rechtsschutzes der Bundesrepublik Deutschland zu unternehmen?
118. Abgeordneter  
**Schröder**  
(Lüneburg)  
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung auf Grund der vom Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen kürzlich erlassenen neuen Verwaltungsvorschrift eine Einschränkung der Förderung von Informationsreisen an die Grenze zur DDR für gerechtfertigt, und wenn nicht, ist sie bereit, sich für eine Änderung dieser Verwaltungsvorschrift einzusetzen?

119. Abgeordneter  
**Böhm**  
(Melsungen)  
(CDU/CSU)
- Welche Schritte gegenüber der DDR hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit der beabsichtigten Verschleppung eines Forstbeamten am Pfingstsonntag 1977 durch Angehörige der DDR-Grenztruppen im Waldgebiet von Wichelsdorf, Kreis Hersfeld/Rotenburg, unternommen, der sich im Zusammenhang mit einer Waldbrandbekämpfung an der Zonengrenze aufgehalten hatte?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie**

120. Abgeordneter  
**Dr. Spöri**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß 200 Tonnen Uranerz, die 1968 mit dem Frachter „Scheersberg“ transportiert wurden, verschwunden sind, wann hat die Bundesregierung davon zum ersten Mal Kenntnis erhalten, und welche Vorkehrungen wird die Bundesregierung treffen, um solche Fälle künftig auszuschließen?
121. Abgeordneter  
**Amling**  
(SPD)
- Ist der Bundesregierung ein bereits zum Patent angemeldetes Verfahren bekannt, chlorophyll-, eiweiß- und hämoglobinhaltige Abfallstoffe, wie z. B. Faulschlamm, Unkrautpflanzen, Fischknochen, unter Druck und einer Temperatur von bis 250 Grad Celsius sowie unter Zusatz eines Hormonkatalysators nach einer kurzen Reaktionszeit zu fast schwefelfreiem Rohöl zu verschmelzen, und gedenkt die Bundesregierung, weiterführende Forschungsarbeiten auf den genannten Grundlagen zu unterstützen, falls die Angaben des Erfinders zutreffen, mit diesem Verfahren seien ca. 20 Prozent des deutschen Energiebedarfs zu decken und das Verfahren sei bei einem weiteren Ansteigen der Weltmarktpreise für Rohöl durchaus rentabel?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft**

122. Abgeordneter  
**Daweke**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen der Studierenden in den ingenieur-wissenschaftlichen Fächern, in den nächsten Jahren einen ihrer Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz zu erhalten, und welche Ausweichberufe schlägt sie gegebenenfalls vor?
123. Abgeordneter  
**Voigt**  
(Frankfurt)  
(SPD)
- Wann beabsichtigt die Bundesregierung, dem Bundestag den Entwurf der im Bundesgesamtplan vorgesehenen bundesgesetzlichen Regelung einer bundesweiten Weiterbildungsstatistik vorzulegen?

124. Abgeordneter  
**Pieroth**  
(CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die seit langem beschlossene Verlegung der Deutschen Landmaschinenschule von Alsenz nach Bad Kreuznach deshalb noch nicht vorgenommen werden kann, weil noch nötige Gutachten des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft nicht fertiggestellt sind, und wann ist gegebenenfalls nach Ansicht der Bundesregierung mit dem Vorliegen des Gutachtens zu rechnen?

Bonn, den 10. Juni 1977